

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1928

246 (20.10.1928) Beilage des Volksfreund

Orientierung

Herr Dr. Marx will zurücktreten

Wie aus Äußerungen von Zentrumsorganen zu entnehmen ist, hat der frühere Reichsminister Dr. Marx die „feste Absicht“, vom Amte als Vorsitzender der Zentrumspartei zurückzutreten. Das Herr Dr. Marx sich nach den Ergebnissen der Zentrumsratswahl, die unter seiner Kanzlerschaft und unter seiner Parteiführung getrieben worden ist, an der Spitze der Partei nicht mehr halten werde können, ist eine Erkenntnis, die in weiten Kreisen des Zentrums schon lange verbreitet ist. Wenn Herr Dr. Marx wirklich geht, so geschieht es, weil er sich nicht mehr halten kann und weil auch starke Zentrumsstreife keinerlei Wert mehr darauf legen, Herrn Dr. Marx an der Spitze der Partei zu halten. Soll die Reichsregierung auf der Basis der großen Koalition so umgebildet werden, daß sie für längere Zeit die Gewähr der Dauerhaftigkeit und der Initiative bietet, dann wäre Herr Marx an der Spitze der Partei ein Brämskloß. Sein Rücktritt ist, als gemeinlich gesehen, ein Fortschritt.

Auch in der Berliner Presse kommt zum Ausdruck, daß die in Zentrumsorganen angegebenen und angeblichen Gründe für den Rücktritt des Herrn Dr. Marx der Stichhaltigkeit entbehren. Es wird auch darauf hingewiesen, daß die Taktik des Herrn Marx, das Zentrum solle auch in Zukunft gegenüber dem Kabinett Müller einen Politik der Distanz betreiben, als falsch und politisch unmöglich erscheint. Es scheint demnach so zu sein, daß die Richtung von Herr Marx, Soos und anderen in der Zentrumspartei stark an Boden gewonnen hat und andauernd weiter Boden gewinnt. Als Kandidat für den Vorsitz in der Partei werden neben dem früheren Reichsarbeitsminister Dr. Brauns, noch die Abgeordneten Steinhilber, Esser und Soos genannt.

Eine Warnung an Bayern

Der Vorsitzende der Reichstagsfraktion der Bayerischen Volkspartei, Herr Prälat Lecht, hat vor seinen Wählern in Gornheim eine Rede gehalten, in der er sich in recht bemerkenswerter Weise über die von der Bayerischen Volkspartei einzuschlagende Reichspolitik ausgesprochen hat. Nach den vorliegenden und übereinstimmenden Berichten hat er dabei geäußert, mit Sorge sei festzustellen, daß, wenn die jetzige Reichsregierung an der Panzerkreuzerfrage scheiterte, eine andere Mehrheitsregierung kaum noch gebildet werden könne. Es bleibe dann die Auflösung des Reichstags übrig, von der aber nicht die Rede zu sein habe, sondern nur die radikale Umkehr. Die einstimmige Haltung der Bayerischen Volkspartei sei absolut klar. Sie sei bereit, mit dem Zentrum zusammen in die große Koalition zu gehen. Aber es müsse ihr ein Reichsprogramm vorgelegt werden, das sie mitmachen könne. Auf dem Gebiet der Reichspolitik sei eine völlig einheitliche Auffassung zwischen Zentrum und Bayerischer Volkspartei noch nicht vorhanden, die die Frage Reich und Länder.

Die Bayerische Volkspartei müsse sich jedoch sehr hüten, die Frage des Reichs zu bauen, so verfuhr Herr Lecht, daß sie jeder vernünftigen Überlegung, so zum Beispiel der Zusammenlegung kleinerer Länder und der Befestigung der Einheit über sie hinweggehe. Große Vorteile würde ein einvernehmliches Programm zwischen Zentrum und Bayerischer Volkspartei bieten. Wenn aber keine Arbeitsmöglichkeit zwischen den beiden Parteien mehr vorhanden sei, dann werde er, Herr Lecht, der Politik ein für allemal Lebenswohl sagen. Mit anderen Parteien in eine Regierung zu kommen, sei noch schwerer, und man könne noch größere Schwierigkeiten bei der Deutschen Volkspartei und den Demokraten als bei den Sozialdemokraten.

Herr Lecht scheint demnach die Auffassung zu haben, daß es dem Zentrum der Panzerkreuzerfrage nicht zu einer Sprengung der gegenwärtigen Regierung kommen solle und zu kommen brauche. Und Herr Lecht hat insoweit offenbar erkannt, daß man mit einer parlamentarischen Auffassung keine Reichspolitik mehr machen kann. Herr Prälat Lecht muß in den letzten Wochen und Monaten bei der Erforschung der Stimmung in bayerischen Wählerkreisen recht interessante Erfahrungen gemacht haben, daß er eine

doch immerhin recht deutliche Mahnung und Warnung sowohl an das Zentrum wie an die Bayerische Volkspartei und an bayerische politische Kleinbürger ergeben läßt. Die Sozialdemokratie wird bei den Verhandlungen über einen Umbau der gegenwärtigen Reichsregierung den Bogen nicht überspannen, aber wir erwarten, daß sie sich unter keinen Umständen in die Defensive drängen läßt.

Westarp oder Eugenberg

Die innere Krise der Deutschnationalen steht vor einer Entscheidung. Parteivorstand und Parteivertretertagung der Deutschnationalen sind in Berlin zusammengetreten, um die Führerfrage zu lösen. Die deutschnationale Presse, die noch vor wenigen Wochen das Bestehen einer Führerkrise bestritten hatte, spricht sich jetzt offen darüber aus, daß Graf Westarp sich mit der Absicht trage, die Personalunion zwischen den Parteiführern und dem Fraktionsführer zu lösen und sich auf die Führung der Reichstagsfraktion zurückzuziehen. Der stille Kampf um Lambach und die Angelegenheit in der Deutschnationalen Volkspartei ist hinter die Führerfrage zurückgetreten.

Die Parteinstanzen der Deutschnationalen werden in der Hauptsache eine Entscheidung im Kampf zwischen Westarp und Eugenberg fällen. Graf Westarp ist die überwiegende Mehrheit der deutschnationalen Reichstagsfraktion auf seiner Seite, während die Stärke Eugenbergs in den Parteiorganisationen liegt. Mit Hilfe seiner Presse und seinen sieben Beeinflussungsmethoden hat er fast die Hälfte der deutschnationalen Landesverbände fest in seine Front eingereißt. Der Gegenpart Westarps Eugenberg birgt den Gegenpart am Reichstagsfraktion und Parteiorganisation in sich. Es ist der Gegensatz zwischen Politik und Agitation.

Graf Westarp vertritt jene Richtung in der Deutschnationalen Volkspartei, die trotz aller monarchistischen Traditionen in der Praxis resistent hat. An den großen Umsturz und an die Restauration des Kaiserthums denkt diese Richtung in der Praxis selbst nicht mehr. Ihr Ziel ist, auf den Umsturz des politischen Landes zu warten, dann schlecht und recht als Regierungspartei Interessentpolitik zu treiben und an der Durchsetzung reaktionärer Tendenzen zu arbeiten. Ihre Politik ist im wesentlichen parlamentarisch-gouvernemental orientiert.

Demagogenüber ist Eugenberg Romantiker. Trotz aller Enttäuschungen, die er erlebt hat, lebt in ihm immer noch die Hoffnung auf den großen Umsturz, auf die Bewirkung eines politischen Systems in Deutschland, das mit dem tatsächlichen System große Ähnlichkeit haben soll. Vom Rapp-Buch über den Hitlerputsch bis zu den hochherrlichen Plänen derer um Lambach hat Eugenberg Enttäuschung auf Enttäuschung erlebt. Seine größte Hoffnung ist dahin, seitdem die Verbindung zwischen der Reichswehr und den Wehrverbänden gestört worden ist. Trotzdem hält sein Kreis den Sturz der Republik immer noch für möglich. Der große Apparat Eugenbergs dient der Propaganda für seine romantischen Ziele.

Es läßt sich voraussehen, daß die deutschnationale Tagung seiner der beiden Richtungen zum vollen Sieg verhelfen wird. Man wird einen Kompromiß finden, der in der Praxis die Machtverteilung von heute anerkennt wird: Herausstellung Westarps in der Reichstagsfraktion, überwiegender Einfluß Eugenbergs in den Parteiorganisationen. Für die Anhänger im Lande die Demagogie der großen Worte, in der praktischen Politik die Anerkennung des staatlichen Zustandes von heute.

Was kostet das Volksbegehren der SPD?

Rund 1 Million Mark!

Ueber die Höhe der Kosten hat das Reichsministerium des Innern noch keine Entscheidung getroffen. Bei dem Volksbegehren betr. die Fürstentümern sind 788 000 Mark vom Reich gezahlt worden. Die Gemeinden haben Vierfünftel ihrer Kosten erstattet erhalten. Danach würde das Fürstentümernbegehren im ganzen rund eine Million gekostet haben. Im wesentlichen wird mit dieser Summe auch diesmal zu rechnen sein.

Das Problem der Reichsreform

Neue Vorschläge des Reichsjustizministers

Im Demokratischen Zeitungsdienst beschäftigt sich Reichsjustizminister Dr. Koch-Weser mit den Vorschlägen für eine Reichsreform, die der Bund für Erneuerung gemacht hat. Koch stellt die Frage, ob die propagierte Zwischenlösung wirklich notwendig sei, oder ob nicht gleich die Endlösung des Problems angetrebt werden müsse. In diesem Zusammenhang weist Koch unter Anführung der Ziffern der Reichstagswahl darauf hin, daß in Baden und Württemberg nach Ausweis der letzten Reichstagswahlen zweifelsfreie Mehrheiten für eine endgültige Reichsreform vorhanden seien, und daß auch in Bayern die Mehrheit der abgelenigten Parteien in Wirklichkeit viel geringer sei, als der Bund zur Erneuerung anzunehmen scheine. Er wisse überhaupt nicht, wie der Bund seine Reform besser zum Ziele bringen wolle, als durch eine Endreform. Er sehe aus einem Zwischenzustand nur neue Gefahren aufsteigen.

Koch schreibt dann zum Schluß: Was brauchen wir von den süddeutschen Ländern und Sachsen, um zum Einheitsstaat zu gelangen? Es läßt sich in vier Forderungen umreißen: Es ist erstens ihre Bereitwilligkeit, sich bei den wenigen Anlässen, die nicht ihre eigenen Angelegenheiten sind und bleiben, sondern die sie als Angelegenheiten des Reiches auftragsweise ausführen, den Befehlen des Reiches zu unterwerfen.

Zweitens ist erforderlich, daß der Verwaltungsunterbau der Länder, namentlich die Organisation ihrer Städte und Kreise, gleichmäßig durch das Reich gestaltet wird. Dazu gehört auch eine Verwaltungsgerichtsbarkeit bis hinauf zum Reichsverwaltungsgericht.

Drittens ist erforderlich, daß die Zusammenarbeit zwischen den Landesbehörden und den Reichsbehörden eines Bezirkes dadurch gestärkt wird, daß für wichtige, kollegialer Behandlung bedürftige Fragen ein einheitliches gemischtes Gremium geschaffen wird, in dem diese Fragen gemeinsam behandelt und gelöst werden.

Endlich aber zum vierten werden die Länder gut tun, die parlamentarische Verfassung, die für Regierungen mit bloßer politischer Verantwortung unentbehrlich ist, aber sich dort nicht einsetzt, wo veraltet werden muß, durch eine Verfassung zu ändern, die ähnlich, wie es bei den preussischen Provinzen und den Städten der Fall ist, die Wahl der Regierung auf Zeit vorzieht.

Wenn durch diese Neuerungen die Voraussetzungen dafür gegeben sind, daß ein einheitlicher Wille in Deutschland herrscht, die Ausführung aber bei blühenden und autorganisierten Ländern, Kreisen und Gemeinden liegt, so liegt kein Grund vor, die Zuständigkeit des Reiches zu erweitern, sondern ist die Möglichkeit ansteiger, die Landesbehörden zu lebendiger Mitarbeit auch für die Reichsaufgabe heranzuziehen.

Ein Küffel aus Moskau

Schlechte Jenjur für die Kommunisten

Die Prawda, das führende Blatt der kommunistischen Partei Rußlands, nimmt zum Jahresfest der kommunistischen Volksbegehrens zur Panzerkreuzerfrage Stellung. Sie schreibt in einem längeren Artikel, die breiten Massen Deutschlands hätten hier vor der Frage gestanden, sich für eine in ihrem Kern revolutionäre kommunistische Lösung zu entscheiden. Diese revolutionäre Lösung aber hätte alle kleinbürgerlichen Wähler zurückgeschreckt, weil in Deutschland in den letzten Jahren die kolonial-imperialistischen Tendenzen wieder erwacht seien. Die Kommunisten hätten sich demzufolge einer Einheitsfront gegenüber gesehen, die von den Sozialdemokraten bis zu den Nationalen, von Hilferding bis zum Grafen Westarp, erreicht habe.

Der Apparat der Reichsbehörden und der Kommunalverwaltungen, die Unternehmer, die Kirchen und die Vertreter der Wissenschaft — alles habe sich zu einer süßeligen Koalition gegen das Volksbegehren zusammengeschlossen und habe die unentgeltlichen Gegner des Panzerkreuzers eingeschüchtert.

Wer die Panzerkreuzerkampagne der Kommunisten in all ihren Phasen verfolgt hat, erkennt die Verlogenheit dieser Entschuldigungen aus Moskau auf den ersten Blick. Zum Schluß ihres Artikels weist die Prawda recht deutlich darauf hin, daß es in der ganzen Aktion an revolutionärem Mut gefehlt habe. Revolutionärer Mut ist das falsche Wort, man wäre richtiger gewesen. Die kommunistische Partei in Deutschland ist ihrer ganzen Verfassung nach einfach nicht imstande, eine Volksbewegung zu entfesseln, die sich große Ziele setzt. Die kommunistische Führung ist schon seit langem ein Sammelsurium von Demagogie und politischer Hinterlist. Sie kann nach Strakenbäumlermanier verwegene Trübs durchführen, aber weiter reicht nicht. Und weil man das in Deutschland allgemein erkennt, deshalb schwindet der Anhang. Und das er in alle Winde aneinanderstößt, erkennt man auch in Moskau; denn die Prawda mocht der kommunistischen Partei Deutschlands nicht nur den Vorwurf, daß sie das Volksbegehren technisch ungeschickt betrieben habe, sondern sie läßt ihr auch vor, daß sie auf dem Lande noch sehr schlecht organisiert sei. Auf dem Lande? Überall. Der Küffel, der den Kommunisten privatim erteilt werden wird, ist sicher in einem härteren Tone gehalten. Moskau gibt viel Geld für seine deutschen Knechte aus, aber es erlebt wenig Freude an ihnen.

Kommunistische Streikanzettelung mißlungen

Hamburg, 19. Okt. (Via Draht.) Die kommunistische Streikbewegung in Hamburg ist nach kaum 24stündiger Dauer bereits vollkommen zusammengebrochen. Die Arbeiter folgten der Parole der freien Gewerkschaften und stellten sich zu den festgesetzten Zeiten an den Verteilungsstellen zur Arbeitsvermittlung ein. Der Hamburger Hafen und die Straßen an der Wasserfront sind unter starken polizeilichen Schutz gestellt worden, um Gewalttätigkeiten der Kommunisten zu verhüten. Zu größeren Zusammenstößen ist es nicht mehr gekommen. Die Vermittlung ging reibungslos vor sich.

Wie einwandfrei feststeht, handelt es sich bei der kommunistischen Bewegung um ein ausgesprochen parteipolitisches Manöver. Es geht den KPD-Leuten nicht um die wirtschaftliche und soziale Besserstellung der Arbeiter, es geht ihnen um das parteipolitische Bestreben, die inneren Schwierigkeiten und die Schlappe des Volksbegehrens durch Anzettelung von Unruhen zu vertuschen. In der nächsten Zeit ist mit ähnlichen kommunistischen Aktionen zu rechnen.

Opfer kommunistischer Hehe

Das Bergedorfer Schöffengericht verurteilt vier kommunistische Arbeiter, die an dem den Gestührteten Unruhen folgenden Wahlsonntag mit Revolvern bewaffnet dort angetroffen worden waren, zu je sechs Monaten Gefängnis. Einer der Verurteilten äußerte ganz offen, er habe zwei Revolver mit 40 Schuß Munition eingesteckt, um die kommunistische Wahlpropaganda zu unterstützen.

Polen gegen Hermes

Warschau, 19. Okt. (Via Drahtbericht.) Die polnische Presse setzt ihre Angriffe gegen Dr. Hermes fort und stellt fest, daß er als Leiter weiterer Verhandlungen unmöglich sei. Die Blätter fragen gleichfalls, warum die Reichsregierung nicht den deutschen Gesandten in Warschau, Kaufser, an die Spitze der deutschen Delegation stelle. Kaufser sei wesentlich geeigneter als Hermes.

Im Jenseits.



Hödel und Nobiling: „Trotz allem, Herr v. Bismarck: Ohne unsere Mithilfe hätten Sie das Sozialistengesetz nicht zustande gebracht!“